

Verschärfung der inneren und äußeren Widersprüche des westdeutschen Imperialismus weiterzuführen, um die Revanchepläne gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten durchzusetzen. Offen erklärt Erhard in der Regierungserklärung, daß er diese Politik fortsetzen will, auch „auf die Gefahr hin, da und dort als Störenfried zu gelten“. Das Konzept der Erhard, Abs, Flick, Krupp, Thyssen, Birrenbach, der IG-Farben-Herren und Bundeswehrgenerale lautet, die äußeren Widerstände zu überwinden, indem sie ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten voll ausspielen. Das heißt, enorme Mittel für die Rüstung, enorme Mittel zur Erpressung der jungen Nationalstaaten, die am Ausbau ihrer Beziehungen zur DDR gehindert werden sollen, enorme Mittel für die weitere Durchführung der technischen Revolution. Die Kosten dieser aggressiven Politik sollen aus den Arbeitern und Bauern, den Angestellten und der Intelligenz herausgepreßt werden.

Programm der Großkapitalisten voll von Zündstoff

Die Großkapitalisten sind sich durchaus darüber im klaren, daß ihr von Erhard verkündetes Programm nicht die Unterstützung der Massen finden kann. Sie bauen auch nicht auf die Wirkung des demagogischen Geredes von der „formierten Gesellschaft“. In ihrem Sprachrohr, dem Düsseldorfer „Handelsblatt“, sagen sie ganz offen: Es sei eine „Selbsttäuschung“, wenn jemand das Gerede von der „formierten Gesellschaft“ so auslege, daß die Arbeiter „auch aus Einsicht das dem Wohl Dienende zu tun bereit“ seien, und das Monopolblatt „Die Welt“ ergänzt: „... oder, wenn man es deutlich hören will, Zwang und Befehl sind nicht zu entbehren.“ Bist du nicht willig... dann kommt die Notstandsdictatur. Die Einsatzübungen des Bundesgrenzschutzes gegen streikende Arbeiter in Mörfelden / Hessen zeigten unmißverständlich, wohin die Reise gehen soll.

Die Notstandsdictatur bedroht das ganze Volk in Westdeutschland. Die Preissteigerungen, die staatlich beabsichtigte Beschränkung der Konsumtion trifft alle Westdeutschen, die sich mit ihrer Hände Arbeit ihr Brot verdienen müssen.

Die Kürzungen am Wohnungsbau, am Mutterschutz, an den Ausbildungsbeihilfen für Schüler sind eine ernsthafte Belastung für die Masse der westdeutschen Familien. Die Streichungen von Subventionen für die Landwirtschaft wird viele Bauern hart treffen. Die „Pinscher“-Hetze als Ausdruck der Erwürgung der Geistesfreiheit bringt viele Intellektuelle in Opposition zur

CDU und ihrer Erhard-Regierung. Das offene Hervortreten faschistischer Kräfte, die sich durch das Wahlergebnis ermuntert fühlen, ruft Erschrecken hervor. Erhards Regierungsprogramm ist so antinational, so sozialreaktionär, so undemokratisch, daß große und immer größere Kreise der westdeutschen Bevölkerung zu ihm in Widerspruch geraten müssen. Es ist das Programm der Diktatur des Großkapitals zur uneingeschränkten Herrschaft über das Volk. Kürzlich gestand das Springerblatt „Die Welt“ ein, daß ein „Unbehagen“ die Bevölkerung Westdeutschlands ergriffen habe. „Das Unbehagen ist vielschichtiger, es greift tief hinein in das Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat.“ Das Blatt spricht von „Zweifeln an dem bestehenden Ordnungsprinzip“.

Es ist die Zeit für Initiativen

Die innenpolitischen Probleme des Regierungsprogramms bewegen die Massen in Westdeutschland ungleich stärker als die Außenpolitik, weil die Auswirkungen für jeden Bürger unmittelbar spürbar werden und er seine soziale Sicherheit bedroht sieht.

Ergibt sich nicht jetzt die Möglichkeit, eine breite Bewegung gegen Erhards Regierungsprogramm zu entwickeln? Noch hat sich die Opposition nicht auf einer einheitlichen Plattform zusammengefunden, noch bleibt es im wesentlichen bei Protesten aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung, und viele haben ihrem Groll noch nicht einmal öffentlich Luft gemacht. Noch beschränken sich die Willensungebungen hauptsächlich darauf, womit man nicht einverstanden ist, was man nicht will. Wer aber sagt, daß jetzt fortschrittliche, friedliebende Kräfte nicht daran gehen werden, Initiativen zu entwickeln? Welche Kraft ergibt sich, wenn sich die 13 Millionen Anti-CDU-Wähler mit den Millionen von betrogenen CDU-Wählern vereinen?

Und es gibt die Kraft, die Initiativen entwickeln und die vielen oppositionellen Stömungen in ein breites Bett lenken könnte: die Arbeiterklasse. Sie verfügt über die mächtige Organisation, die imstande ist, die Demokratie zu sichern und mit der Demokratie die antidemokratischen, sozialreaktionären und militaristischen Kräfte zu schlagen. Gerade deshalb hatten sich im Frühjahr dieses Jahres die 250 Geistes-schaffenden mit ihrem Appell zum Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung an die Gewerkschaften gewandt. Hier zeigte sich die Basis für ein breites Bündnis aller oppositionellen Kräfte.